

Veronika Lombardini **Auf Erfolgskurs mit Hindernissen – Halbzeit für die slowakische Regierung**

Eindeutig entschieden sich die slowakischen Wähler im Herbst '98 für den politischen Wechsel. Zwar wurde die HZDS des bis dahin regierenden Vladimir Meciar erneut stärkste Kraft, jedoch übernahm die aus fünf Parteien bestehende Koalition SDK nun die Führung im Land und damit die Aufgabe, die Folgen der desaströsen Politik Meciar zu revidieren. In der Tat haben sich die Wirtschaftsdaten trotz nach wie vor drückender Arbeitslosigkeit inzwischen erholt und auch das Klima für ausländische Investitionen hat sich verbessert. In der Außen- und Sicherheitspolitik orientiert sich die neue Regierung klar nach Westen und ist durchaus nicht ohne Erfolg: Die EU hat die Beitrittsverhandlungen eröffnet und auch eine NATO-Mitgliedschaft des Landes ist längst keine Utopie mehr. Insgesamt hat das Land einen mutigen Schritt zur Festigung der Demokratie getan und einen großen Teil der Glaubwürdigkeit zurückerlangt, die es unter Meciar auf internationaler Bühne eingebüßt hatte.

Fast genau zwei Jahre nach den slowakischen Parlamentswahlen im Jahre 1998 unterzeichnete die Slowakei Ende September 2000 das Protokoll über den Beitritt zur Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD). Durch diesen Schritt wurde die Regierungshalbzeit der jetzigen Koalition symbolisch vollendet. Es geht jedoch nicht nur um ein Symbol. Ein klarer Beweis für die durch das Koalitions- und das Oppositionslager vorgenommene positive Bewertung des mehrjährigen Bemühens der Slowakei um den Beitritt in diese Prestigeorganisation war eine heftige Diskussion im Parlament, wo die Opposition, die in der vorangegangenen Zeit auch in dieser Hinsicht versagt hatte, versuchte, sich die Verdienste für die Erlangung der OECD-Mitgliedschaft zuzuschreiben. In einem breiteren Kontext könnte dieser Erfolg als erster Schritt auf dem Weg zur erneuten Eingliederung der Slowakei in die Reihe der führenden Transformationsländer Mittel- und Osteuropas verstanden werden.

■ **Die Wahlen 1998 – Ausgangspunkt für grundsätzliche politische Veränderungen in der Slowakei**

Die Wahlen im Herbst 1998 führten zu grundsätzlichen Veränderungen in der innenpolitischen Entwicklung des Landes und schufen die Voraussetzungen für ein normales Funktionieren der demokratischen Institutionen. Auch wenn die Partei des damaligen Premierministers Vladimir Meciar, die Bewegung für eine Demokratische Slowakei (HZDS), die meisten Stimmen erhielt, wurde die Slowakische Demokrati-

sche Koalition (SDK) der eigentliche Wahlsieger. Dieses Wahlbündnis in Form einer eigenen Partei, bestehend aus fünf kleineren Parteien, entstand kurz vor den Wahlen als Reaktion auf das geänderte Wahlgesetz, das die Teilnahme von Koalitionen an den Wahlen praktisch ausschloss. Die SDK wurde aus der Christlich-Demokratischen Bewegung (KDH), deren Mitglied Mikulas Dzurinda Vorsitzender der SDK und später auch Premierminister wurde, der Demokratische Union (DU), der Demokratischen Partei (DS), der Sozialdemokratischen Partei der Slowakei (SDSS) und der Partei der Grünen (SZ) gebildet. Zusammen mit drei weiteren Parteien, der Partei der Demokratischen Linken (SDL), der Partei der Ungarischen Koalition (SMK) und der Partei der Bürgerlichen Verständigung (SOP) bildete die SDK eine neue Regierung. Die Koalition erlangte im Parlament mit 93 von insgesamt 150 Stimmen eine verfassungsändernde Mehrheit bei einer über 84-prozentigen, also sehr hohen Wahlbeteiligung.

Die Notwendigkeit einer intensiveren Einbindung der Slowakei in die Integrationsprozesse dominierte sowohl die Außenpolitik als auch die Innenpolitik. Es handelte sich um keine einfache Aufgabe. Die Tatsache, dass die Slowakei auf dem NATO-Gipfeltreffen in Madrid im Juni 1997 nicht als Kandidat für die spätere Mitgliedschaft genannt wurde, die negative Entscheidung des Europäischen Rates von Dezember 1997 in Luxemburg über den Beginn der Beitrittsgespräche mit der Slowakei, die ständige Verschiebung der Aufnahme in die OECD wie auch die aufgeschobenen wirtschaftlichen Reformen waren das Erbe, mit dem sich die neue Regierung so schnell wie möglich auseinandersetzen musste. Der Terminus des „Aufholens“ der anderen der Visegrad-Länder (die sogenannten V4: Tschechien, Ungarn, Polen und die Slowakei) bei den Integrationsbemühungen wurde zum Leitbegriff.

Im politischen Bereich kam es sehr schnell zu demokratischen Veränderungen. Einen Monat nach den Wahlen im Jahr 1998 gewährten die Parteien der Regierungskoalition der politischen Opposition die Vertretung in den Parlaments- und Kontrollorganen entsprechend den Wahlergebnissen. Dadurch wurde das Prinzip der Teilnahme an der Macht erneuert, wie es in Demokratien üblich ist. Ein bedeutendes

■ Die Notwendigkeit einer intensiveren Einbindung der Slowakei in die Integrationsprozesse dominierte sowohl die Außenpolitik als auch die Innenpolitik.

Ereignis war die Wahl des Präsidenten der Slowakischen Republik in Mai 1999, die zum ersten Mal in der Geschichte des Landes direkt durch die Bürger erfolgte. Durch diese Wahl wurde in der Slowakei ein fast 15-monatiges Machtprovisorium beendet, da das Parlament zuvor nicht im Stande gewesen war, sich auf einen Kandidaten zu einigen. Ein weiteres wichtiges Ereignis geschah Anfang Sommer 1999, als das Parlament ein Gesetz über den Gebrauch der Sprachen der Minderheiten im dienstlichen Verkehr verabschiedete. Dieses Gesetz sowie weitere Rechtsakte in diesem Bereich bietet den Minderheiten in der Slowakei genügend Möglichkeiten für den Schutz ihrer Rechte und garantieren ihnen eine umfassende Entwicklung.

■ Der Beginn der wirtschaftlichen Reformen

■ Nach den Wahlen im Jahre 1998 begann die neue slowakische Regierung sehr rasch, Maßnahmen zu ergreifen, um die Folgen der bis dahin durchgeführten Wirtschaftspolitik zu beseitigen.

Nach den Wahlen im Jahre 1998 begann die neue slowakische Regierung sehr rasch, Maßnahmen zu ergreifen, um die Folgen der bis dahin durchgeführten Wirtschaftspolitik zu beseitigen. Der Zustand der Wirtschaft, den die Regierung ererbte, war vor allem durch eine hohe Verschuldung des öffentlichen Sektors und durch die lange Vernachlässigung der Probleme, die mit der Restrukturierung und Modernisierung der Wirtschaft verbunden sind, verursacht worden. Die vorherige Regierung hatte es konsequent vermieden, unpopuläre Maßnahmen durchzuführen. Im Bereich der Makroökonomie führte dies zum Übergang in die fiskalische Expansion. Im mikroökonomischen Bereich wurden insbesondere die Grundprinzipien der Bildung, des Schutzes von Wettbewerb, des festen Budgetumfeldes, der Transparenz und der schnellen Rechtsgewährung nicht eingehalten.

Der erste Schritt im wirtschaftlichen Bereich war die Verabschiedung eines mittelfristigen Konzepts für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung in der Slowakei. Das Ziel des von der Regierung verabschiedeten Programms war es, makroökonomische Stabilität zu erzielen und die notwendigen Reformen im Unternehmensbereich einzuleiten. Gerade die Durchführung von mikroökonomischen Reformen sollte die Voraussetzung für die Erhöhung der Wirtschaftseffektivität sein.

Die Wirtschaftspolitik der slowakischen Regierung hat in den letzten zwei Jahren signifikante Veränderungen im Vergleich zur vergangenen Periode verzeichnet und zeichnet sich durch eindeutige Reformbemühungen aus. Die Wirtschaftsmaßnahmen, das sogenannte „Paket der wirtschaftlichen Maßnahmen“, das Anfang 1999 im Rahmen der Wirtschaftsreform zur Verbesserung der ökonomischen Parameter der slowakischen Wirtschaft und zur Senkung der öffentlichen Ausgaben und zur Mobilisierung der öffentlichen Finanzeinnahmen verabschiedet wurde, brachte schon im ersten Halbjahr 1999 erste positive Ergebnisse. In den ersten neun Monaten des Jahres 1999 erreichte die slowakische Wirtschaft ein zwischenjährlicher BIP-Wachstum bei beständigen Preisen von 1,8 Prozent und eine durchschnittliche Inflationsrate von 9,4 Prozent, jedoch stieg die Arbeitslosigkeit in dieser Zeit auf fast 16 Prozent. In Zusammenarbeit mit der Europäischen Kommission erarbeitete die slowakische Regierung im ersten Halbjahr 1999 ein Projekt zur gemeinsamen Bewertung von mittelfristigen Prioritäten der Wirtschaftspolitik (Joint Assessment of Slovakia's Medium Term Economic Policy Priorities), aufgrund dessen die Regierung eine mittelfristige Konzeption der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung der Slowakischen Republik verabschiedete, die die mittelfristigen Prioritäten der Wirtschaftspolitik der Slowakei widerspiegelte.

Nachfolgend hat die slowakische Regierung eine Reihe von Maßnahmen zur Stärkung der makroökonomischen Stabilität und zur Sanierung der mikroökonomischen Ebene der Wirtschaft verabschiedet. Hierzu gehören insbesondere die Senkung der öffentlichen Ausgaben, die Aktivierung der öffentlichen Geldeinnahmen, die Erneuerung der finanziellen Disziplin von Wirtschaftssubjekten sowie die begonnene Restrukturierung der Banken und Unternehmen. Die restriktiven wirtschaftlichen Maßnahmen der Regierung führten zu einer steigenden Arbeitslosigkeit, die derzeit bei 19 Prozent liegt. Diesem Problem soll das Konzept der „Beschäftigung bis zum Jahr 2002“ entgegenzutreten, das die Verbesserung der Beschäftigung, die Entwicklung der Unternehmen sowie die Förderung der Anpassungsfähigkeit der Betriebe und deren Mitarbeiter zum Ziel hat und die Problematik der Chancengleichheit lösen soll.

■ In den ersten neun Monaten des Jahres 1999 erreichte die slowakische Wirtschaft ein zwischenjährliches BIP-Wachstum bei beständigen Preisen von 1,8 Prozent und eine durchschnittliche Inflationsrate von 9,4 Prozent, jedoch stieg die Arbeitslosigkeit in dieser Zeit auf fast 16 Prozent.

■ **Die Schaffung eines günstigen Investitionsklimas in der Slowakei ist entscheidend für den Erfolg der Restrukturierung der slowakischen Industrie sowie für die Senkung der Arbeitslosigkeit.**

Ein problematischer Bereich in der Slowakei ist der Mangel an direkten Auslandsinvestitionen. Die Maßnahmen, die zur Verbesserung dieser Situation verabschiedet wurden, haben die Sanierung und Verbesserung des Investitionsklimas in der Slowakei zum Ziel. Hierzu gehören unter anderem Steuererleichterungen, Zollbegünstigungen und weitere Vorteile. Die Novelle des Devisengesetzes sicherte den Auslandsinvestoren die Möglichkeit, Immobilien in der Slowakei zu erwerben. Die Schaffung eines günstigen Investitionsklimas in der Slowakei ist entscheidend für den Erfolg der Restrukturierung der slowakischen Industrie sowie für die Senkung der Arbeitslosigkeit. Die Liberalisierung, die im Rahmen der Restrukturierung der slowakischen Wirtschaft durchgeführt wird, entspricht den Verpflichtungen der Slowakei als neuem, dreißigstem OECD-Mitglied, wie auch den Bedingungen für den Übergang in die zweite Etappe des Europa-Abkommens über die Assoziierung der Slowakei mit der EU.

Deutschland ist der größte Investor in der Slowakei. In diesem Zusammenhang ist es angebracht, den Kauf der „Slowakischen Telekommunikationen“ durch die Deutsche Telekom zu erwähnen. Zuerst wurden jedoch legislative Voraussetzungen durch das „Gesetz über Telekommunikationen“ vom Mai 2000 geschaffen. Eine Erfolgsgeschichte deutscher Investitionen in der Slowakei sind die Aktivitäten der Volkswagen AG. Das Automobilproduktionswerk in Bratislava gehört zu denjenigen Betrieben, die einen außerordentlich positiven Einfluss auf die Handelsbilanz der Slowakischen Republik ausüben.

Die Reform des Bankensektors und die Restrukturierung der Betriebe bleibt ein Schlüsselbereich. Das Programm für die Restrukturierung beinhaltet Aktionspläne für die Privatisierung der Banken, die Anpassung der Betriebe und die Bedingungen für den Umgang mit fälligen Krediten, wie auch Pläne von legislativen Vorhaben für die Reform des Konkursrechts. Die Privatisierung der Banken wird durch den Bedarf einer Kapitalverstärkung und die Restrukturierung des Kreditportfolios gefördert. Auf diese Weise werden die Banken in den Stand versetzt, die Grundfunktionen der Bedingungen der slowakischen Wirtschaft zu erfüllen.

Das slowakische Parlament hat im Jahre 1999 eine Gesetzesnovelle über die Bedingungen der Übertragung des staatlichen Eigentums auf andere Personen, das sog. „Gesetz über die große Privatisierung“ verabschiedet, das eine Privatisierung von natürlichen Monopolen erlaubt, wobei eine dauerhafte Beteiligung des Staates in einer Höhe von mindestens 51 Prozent eingehalten werden muss. Es handelt sich um den Slowakischen Gasbetrieb, drei Energieunternehmen sowie Transpetrol und die Slowakischen Kraftwerke. Das Gesetz nimmt aus der Privatisierung die Bahnschienen, die Wälder und die Post aus.

Im Herbst 2000 wurden die Bedingungen für den Eintritt des amerikanischen Unternehmens U. S. Steels in die Ostslowakischen Eisenwerke vereinbart. Dieser Betrieb, der zum Flaggschiff der slowakischen Wirtschaft gehörte, wurde während der Meciar-Regierung privatisiert und die neuen Inhaber haben es fast in den Konkurs getrieben. Nach unterschiedlichen Transaktionen, in deren Rahmen es gelungen war, ein neues Management einzusetzen, wurde das Unternehmen restrukturiert. Der amerikanische Konzern plant, im Laufe der nächsten zehn Jahre 700 Millionen US-Dollar in die Eisenwerke zu investieren. Außerdem verpflichtete er sich zum Erhalt der Beschäftigung und zur wirtschaftlichen Entwicklung der Region. Nach der Abwicklung der ganzen Transaktion wird U.S. Steel hundertprozentiger Besitzer der Hüttenwerke sein und eine Gesellschaft bilden, die sich ausschließlich auf die Stahlproduktion konzentrieren wird – die U. S. Steel Kosice.

■ Die Schritte zur Integration in die EU

Das Europäische Parlament reagierte als erstes auf die positiven Veränderungen in der Slowakei, als es während der Plenarsitzung im Oktober 1998 eine Resolution verabschiedete, die den Verlauf und die Ergebnisse der letzten Parlamentswahlen würdigte. Die EP-Abgeordneten haben eine Empfehlung verabschiedet, die die EU-Organen auffordert, eine flexible Haltung gegenüber der Slowakei anzuwenden, um die neue Situation zu berücksichtigen und zu ermöglichen, dass die Slowakei bereits auf dem Kölner EU-Gipfeltreffen im Juni 1999 in die Länder ein-

■ Das Europäische Parlament reagierte als erstes auf die positiven Veränderungen in der Slowakei, als es während der Plenarsitzung im Oktober 1998 eine Resolution verabschiedete, die den Verlauf und die Ergebnisse der letzten Parlamentswahlen würdigte.

gereiht wird, mit denen bereits Beitrittsverhandlungen geführt wurden.

Auch die Europäische Kommission hatte sich entschlossen, der Slowakei für ihre Entwicklung die Unterstützung auszusprechen und das gemeinsame Interesse zu bestätigen, die Mängel, die der Eröffnung der Beitrittsverhandlungen mit der Slowakei bislang entgegenstanden, so schnell wie möglich zu beseitigen. Deshalb wurde Anfang November 1998 ein Arbeitsgruppe auf hoher Ebene errichtet, in deren Rahmen ein Jahr lang über die Erfüllung der Prioritäten der Beitrittsstrategie und über die Schritte, die in der Slowakei im politischen, wirtschaftlichen und legislativen Bereich unternommen wurden, diskutiert wurde. Auch dank dieser speziellen Kommunikation gelang es der Slowakischen Republik in relativ kurzer Zeit, einen bedeutenden Fortschritt bei der Erfüllung der Kopenhagener Kriterien zu erzielen.

■ Die insgesamt günstige Entwicklung im Land spiegelte sich im sog. „Regelmäßigen Bericht der Kommission über den Fortschritt der Slowakei bei der Vorbereitung auf den EU-Beitritt“ des Jahres 1999 wider, in dem die Europäische Kommission dem Europäischen Rat empfahl, auf seinem Gipfel in Helsinki im Dezember 1999 über die Eröffnung der Beitrittsverhandlungen mit der Slowakei zu entscheiden.

Die insgesamt günstige Entwicklung im Land spiegelte sich im sog. „Regelmäßigen Bericht der Kommission über den Fortschritt der Slowakei bei der Vorbereitung auf den EU-Beitritt“ des Jahres 1999 wider, in dem die Europäische Kommission dem Europäischen Rat empfahl, auf seinem Gipfel in Helsinki im Dezember 1999 über die Eröffnung der Beitrittsverhandlungen mit der Slowakei zu entscheiden. Nur zwei Monate nach der dann auch verabschiedeten Einladung zu Beitrittsverhandlungen wurde im Februar 2000 die Beitrittskonferenz eröffnet und bald darauf Verhandlungen in konkreten Verhandlungskapiteln begonnen. Im Allgemeinen können wir eine sehr gute Dynamik der Verhandlungen feststellen. Während der portugiesischen Präsidentschaft wurden mit der Slowakei acht Verhandlungskapitel eröffnet, von denen sechs ohne Probleme vorläufig abgeschlossen wurden. Die französische Präsidentschaft hat vor, im gleichen Tempo weiter zu machen und mit der Slowakei schrittweise weitere acht Kapitel zu eröffnen. Wir nehmen an, dass bis Ende 2000 die Slowakei mindestens zehn von insgesamt 16 geöffneten Kapiteln vorläufig abgeschlossen haben wird. Gemäss den Schlussfolgerungen des Europäischen Rates von Santa Maria da Feira von Juni 2000 sollte die Union mit den fortgeschrittensten Kandidaten der sogenannten Helsinki-Gruppe, der auch die Slowakei angehört, während des Jahres 2001 alle restli-

chen Verhandlungskapitel eröffnen. Schweden hat Ambitionen, dies während seiner Präsidentschaft im ersten Halbjahr 2001 zu erreichen. Dadurch wäre faktisch die Teilung der Länder in die Luxemburg- und die Helsinki-Gruppe aufgehoben und die Schlussfolgerungen des Helsinki-Gipfeltreffens in vollem Masse erfüllt, insbesondere das Prinzip der individuellen Bewertung der Länder aufgrund ihres Fortschrittes und die Möglichkeit des Einholens der sich seit 1998 im Verhandlungsprozess mit der EU befindenden Länder bei ihren Verhandlungen. Für die Slowakei hat dieser Ansatz eine außerordentliche Bedeutung, denn ihr strategisches Ziel ist es, der EU zusammen mit anderen Ländern der Visegrad-Gruppe beizutreten.

Der neueste Bericht über die Vorbereitung der Slowakei auf die EU-Mitgliedschaft, den die Europäische Kommission im November 2000 veröffentlicht hat, stellt fest, dass die Slowakei weiterhin die politischen Kriterien für die Unionsmitgliedschaft erfüllt und dass sie einen Fortschritt in der Konsolidierung des demokratischen Systems und der Sicherung der Funktionsweise ihrer Institutionen erzielte. Der Schlüssel zur Fortführung dieses Trends ist die Stabilität der Regierungskoalition. Es ist notwendig, dass sie weitere Anstrengungen für die Stärkung der Unabhängigkeit der Justiz unternimmt und Fortschritte beim Kampf gegen das organisierte Verbrechen sowie bei der Implementierung von spezifischen Maßnahmen zur Verbesserung der Situation der Roma-Minderheit erzielt. Eine der grundsätzlichen Prioritäten, die bislang nicht verwirklicht werden konnte, ist die Reform der öffentlichen Verwaltung und die Inkraftsetzung der damit zusammenhängenden Rechtsakte. Im wirtschaftlichen Teil des Berichtes wurde die Slowakische Republik zum ersten Mal als eine funktionierende Marktwirtschaft eingestuft, die im Stande sein sollte, mittelfristig dem Wettbewerbsdruck und den Marktkräften innerhalb der Union standzuhalten. Die Wirtschaftspolitik muss jedoch weiterhin auf die Stabilisierung der makroökonomischen Situation, die Beendigung der Strukturreform sowie die Privatisierung der Banken und des Energiesektors ausgerichtet sein. Im Bericht wird festgestellt, dass die Slowakei bei der Rechtsangleichung in den Bereichen Binnenmarkt, Statistik, Industriepolitik, Telekommunikationen, audiovisuelle Poli-

Der neueste Bericht über die Vorbereitung der Slowakei auf die EU-Mitgliedschaft, den die Europäische Kommission im November 2000 veröffentlicht hat, stellt fest, dass die Slowakei weiterhin die politischen Kriterien für die Unionsmitgliedschaft erfüllt und dass sie einen Fortschritt in der Konsolidierung des demokratischen Systems und der Sicherung der Funktionsweise ihrer Institutionen erzielte. Der Schlüssel zur Fortführung dieses Trends ist die Stabilität der Regierungskoalition.

tik und Verbraucherschutz erhebliche Fortschritte gemacht hat. Ein teilweiser Fortschritt wurde im Bereich der Sozialpolitik, der Zusammenarbeit im Bereich Justiz und Inneres und im Verkehr erreicht. In einigen Bereichen sind die Fortschritte laut Europäischer Kommission nicht ausreichend. Es handelt sich um die Landwirtschaft, die Energiepolitik, die Regionalpolitik, die Umwelt, die Finanzkontrolle und das Unternehmensrecht. In der nächsten Zeit werden wir uns deshalb auf diese Bereiche konzentrieren.

■ Die Sicherheitspolitik

Die Slowakei hat aufgrund des Verschuldens ihrer eigenen politischen Elite die historische Chance der ersten NATO-Erweiterung um die ehemaligen Mitglieder des Warschauer Paktes versäumt. Beim NATO-Beitritt handelt es sich um eine langfristige Priorität aller bisherigen slowakischen Regierungen. Nach der Aufnahme von drei neuen Mitgliedern in die Allianz im Jahre 1999 ist es gegenwärtig schwierig, bei den Mitgliedstaaten einen politischen Willen für eine weitere Erweiterungsrunde ausfindig zu machen. Die Unterstützung dieses Integrationsziels durch die slowakische Öffentlichkeit wird – genauso wie die anderen Parameter der Beitrittsfähigkeit – von den NATO-Mitgliedern außerordentlich genau beobachtet.

Die Entwicklung des letzten Jahrzehnts des 20. Jahrhunderts in Europa und vor allem die Ereignisse in den Ländern des ehemaligen Jugoslawien haben jedoch bestätigt, dass die NATO der Grundpfeiler der europäischen Sicherheit bleibt. Zugleich wurde die Richtigkeit der außenpolitischen Orientierung der Slowakei auf eine künftige NATO-Mitgliedschaft bestätigt, die nicht nur eine zuverlässige Sicherheitsgarantie für das Land bedeuten würde, sondern auch ein Beitrag der Slowakei zur Stärkung der Sicherheit vor allem in Mitteleuropa ist. Durch die Aufnahme der Slowakei in die NATO wäre die derzeitige nicht vorhandene geographische Homogenität der Sicherheit in diesem Teil des europäischen Kontinents beseitigt. Die Slowakei nimmt engagiert an den Aktivitäten im Rahmen des Euroatlantischen Partnerschaftsrates, am Programm „Partnerschaft für den Frieden“ und am sog. „Individuellen intensivierten Dialog“ teil. Sie hält diese Zusammenarbeit für einen Beitrag zur Stärkung des Vertrauens und der Sicher-

■ Die Slowakei nimmt engagiert an den Aktivitäten im Rahmen des Euroatlantischen Partnerschaftsrates, am Programm „Partnerschaft für den Frieden“ und am sog. „Individuellen intensivierten Dialog“ teil.

heit auf dem europäischen Kontinent und zugleich für eine Möglichkeit, um Erfahrungen zu sammeln, die ihr bei der Vorbereitung auf die NATO-Mitgliedschaft nützen können.

Die Rückkehr der Slowakei in die Gruppe der aussichtsreichen Bewerber auf eine NATO-Mitgliedschaft kann als Erfolg gewertet werden, aber er bedeutet zugleich auch die Verpflichtung für das Land, das Maximum bei der Vorbereitung auf den Beitritt in die Allianz zu leisten. Die Ausarbeitung des Nationalen Programms für die Vorbereitung der Slowakei auf die NATO-Mitgliedschaft im Jahre 1999 und seine konsequente Durchführung sind Voraussetzung für das Angebot der NATO zu einer Mitgliedschaft des Landes in der Allianz. Wir erwarten, dass dies spätestens auf dem NATO-Gipfeltreffen im Jahr 2002 geschehen wird.

Außer dem Erfolg auf dem Helsinki-Gipfeltreffen gelang es der Slowakei im Jahre 1999 aufgrund der Erfüllung der politischen Kriterien für den NATO-Beitritt und der politischen Entschlossenheit der Regierung, weitere Schritte bei der Vorbereitung zu unternehmen, um in die Gruppe der Beitrittsbewerber zurückzugelangen.

Ein wichtiger Meilenstein in der NATO-Geschichte waren die Schlussfolgerungen des NATO-Gipfeltreffens in Washington D.C. im April 1999, insbesondere die Bestätigung der Politik der offenen Tür. Die Entscheidung der Allianz-Länder über die NATO-Erweiterung ist und bleibt aber weiterhin eine politische Entscheidung, wobei ein Land, das sich um die Mitgliedschaft bemüht, bereit sein muss, konsequent alle Aufgaben, die mit der Mitgliedschaft in der Allianz verbunden sind, zu erfüllen.

Die Solidarität, die die Slowakei bei der Lösung der Balkan-Krise zeigte, als sie die Überflüge der NATO-Flugzeuge und die Landtransporte durch ihr Territorium für die Bedürfnisse der Luftoperation der NATO gegen Jugoslawien bewilligte, dokumentiert eindeutig die Fähigkeit der Slowakei, zur Sicherheit und Stabilität in Europa beizutragen und im Einklang mit den Zielen und Prinzipien der NATO zu handeln. Diese Solidarität hatte in der Slowakei jedoch eine starke Abnahme der Unterstützung der Öffentlichkeit für den Beitritt in die Nordatlantische Allianz zur Folge, die sich im Laufe des Jahres 1999

■ Die Rückkehr der Slowakei in die Gruppe der aussichtsreichen Bewerber auf eine NATO-Mitgliedschaft kann als Erfolg gewertet werden, aber er bedeutet zugleich auch die Verpflichtung für das Land, das Maximum bei der Vorbereitung auf den Beitritt in die Allianz zu leisten.

nur noch zwischen 35 und 40 Prozent bewegte. Dank der besseren Informationsstrategie der Regierung ist die Unterstützung der Bevölkerung schrittweise wieder angestiegen und hat im September 2000 die 50-Prozent-Hürde überschritten.

Ein Rückblick in die Vergangenheit zeigt, dass Anfang der neunziger Jahre die öffentliche Meinungsbildung in der Slowakei relativ schwach ausgeprägt war. Ein großer Teil der Bevölkerung konnte zum Problem der außenpolitischen Orientierung des Landes überhaupt keine Stellung nehmen. Zur NATO hatten über 40 Prozent der Bevölkerung keine Meinung. Zu einem markanten Bruch kam es im Laufe des Jahres 1993, d.h. im ersten Jahr der Selbständigkeit der Slowakei, als der Anteil der Befürworter stark anstieg. Der Öffentlichkeit wurde klar, dass die Slowakei für ihre Außenpolitik allein verantwortlich ist und es niemanden gibt, auf den sie sich berufen konnte. Angesichts der realen außenpolitischen Verantwortung begann die Slowakei, die Westorientierung als eine weitaus attraktivere Option zu begreifen als die zweifelhafte Vision eines „dritten Weges“ oder gar einer Orientierung an Russland. Zu einer eindeutigeren Stellungnahme hat wahrscheinlich auch der Konsens der politischen Elite in dieser Frage beigetragen sowie nicht zuletzt auch eine positive und offene Stellung der westlichen Institutionen gegenüber dem neuen Staat. Es ist interessant, dass in den Jahren 1995 bis 1998, als sich die Slowakei eigentlich ihren Integrationsambitionen nicht treu war, bei der Öffentlichkeit Pro-Integrationsansichten überwogen. Nach den Wahlen 1998 kam es zu einer scheinbar paradoxen Entwicklung: auf die Bemühungen der neuen Regierung, die Slowakei zurück auf den Weg der Integration in die euroatlantischen Strukturen zu bringen und auf die ersten greifbaren Erfolge dieser Bemühungen reagierte die Öffentlichkeit zwar positiv, doch sank das Vertrauen und die Unterstützung der Integration leicht. Zwei Ursachen kann man feststellen: die Vertreter der HZDS und der SNS haben, nachdem sie zur Opposition wurden, die Zweckmäßigkeit der Integration der Slowakei offener angezweifelt, wodurch die bisherige Barriere eines größeren Teils ihrer Wähler hinsichtlich einer antiwestlichen und gegen die Integration gerichteten Einstellung beseitigt wurde. Im Falle der NATO war der schon

■ Der Öffentlichkeit wurde klar, dass die Slowakei für ihre Außenpolitik allein verantwortlich ist und es niemanden gibt, auf den sie sich berufen konnte. Angesichts der realen außenpolitischen Verantwortung begann die Slowakei, die Westorientierung als eine weitaus attraktivere Option zu begreifen als die zweifelhafte Vision eines „dritten Weges“ oder gar einer Orientierung an Russland.

erwähnte Angriff der Alliierten gegen Jugoslawien, auf den ein großer Teil der slowakischen Öffentlichkeit ablehnend reagierte, eine weitere wichtige Ursache für den Vertrauensverlust.

■ Die Beziehungen zu den Nachbarn

Die Beziehungen zu den Nachbarländern bekamen einen neuen Impuls für eine weitere Entwicklung vor allem durch die Erneuerung der Zusammenarbeit im Rahmen der sog. V4 (Visegrad-Gruppe). Ziel der wechselseitigen Zusammenarbeit ist es, nicht nur die bestehenden Unterschiede im Integrationsprozess auszugleichen und der Union zur gleichen Zeit beizutreten, sondern auch die Entwicklung von wirtschaftlichen, politischen, kulturellen und sonstigen Beziehungen zu forcieren. Im Zusammenhang mit den bilateralen Beziehungen zur Tschechischen Republik war das bedeutendste Ereignis im Jahre 1999 die Unterzeichnung des Abkommens und des Protokolls über die endgültige Güterteilung. Im Anschluss an die neue Qualität der Beziehungen zwischen den Regierungen der Slowakei und Ungarns nach den slowakischen Wahlen 1998 kam es im Jahre 1999 im Rahmen der slowakisch-ungarischen Zusammenarbeit zu einer Vertiefung des gegenseitigen Dialogs auf allen Ebenen. Zu einer Stärkung des gegenseitigen Vertrauens trug die Wiedereinführung von zweisprachigen Schulzeugnissen und die Verabschiedung des Gesetzes über den Gebrauch der Sprachen von nationalen Minderheiten im Amtsverkehr bei. Die Unterzeichnung eines Abkommens durch die Premierminister der beiden Länder über die Erneuerung der Maria-Valeria-Brücke zwischen dem ungarischen Gran und dem slowakischen Sturovo war ein weiteres Zeichen des guten Willens auf beiden Seiten. Dieser Übergang soll unter finanzieller Beteiligung der EU im nächsten Jahr in Betrieb genommen werden. Es handelt sich um ein einzigartiges Projekt, da die Brücke als einzige Donaubrücke nach dem zweiten Weltkrieg nicht erneuert wurde.

■ Im Zusammenhang mit den bilateralen Beziehungen zur Tschechischen Republik war das bedeutendste Ereignis im Jahre 1999 die Unterzeichnung des Abkommens und des Protokolls über die endgültige Güterteilung. Im Anschluss an die neue Qualität der Beziehungen zwischen den Regierungen der Slowakei und Ungarns nach den slowakischen Wahlen 1998 kam es im Jahre 1999 im Rahmen der slowakisch-ungarischen Zusammenarbeit zu einer Vertiefung des gegenseitigen Dialogs auf allen Ebenen.

■ Das Jahr 2000 – Wende zum Besseren oder Probleme bei Problemen?

Eine der Hauptprioritäten der Regierung für das Jahr 2000 ist die Reform der öffentlichen Verwaltung. Es handelt sich um das größte Dezentralisierungspro-

jekt seit 1989. Gemäss der verabschiedeten Konzeption sollten die Gemeinden für die Bereiche des Grundschulwesens und die Allgemeinärzte zuständig sein. Die Einteilung der Gebietsverwaltung sollte aus acht Kreisen (Staatsverwaltung) und acht höheren Selbstverwaltungskörperschaften bestehen. Diese Reform wurde jedoch verschoben, da die Regierungskoalition bislang nicht im Stande ist, sich über den für die Durchführung notwendigen Konsens zu einigen. Falls jedoch mit der Durchführung nicht spätestens Anfang 2001 begonnen wird, bleibt keine ausreichende Zeit, die Reform bis zu den Parlamentswahlen 2002 zu beenden. Dadurch wäre die Reform als solche gefährdet.

■ Ein drängendes Problem der Slowakei bleibt die hohe Arbeitslosenrate, die sich um die 18 Prozent bewegt.

Ein drängendes Problem der Slowakei bleibt die hohe Arbeitslosenrate, die sich um die 18 Prozent bewegt. Positiv wirkte sich die Einführung von öffentlich nützlichen Arbeiten im August 2000 aus, die die Arbeitslosenstatistik um drei Prozent senkte. Die Fortsetzung dieses Projektes im Jahre 2001, das vor allem kleinere Gemeinden mit hoher Arbeitslosenrate begrüßt haben, ist momentan jedoch noch nicht gewährleistet.

Ein weiteres ungelöstes Problem des Landes ist die Integration der Roma in die slowakische Gesellschaft. In diesem Bereich ist kein Durchbruch gelungen. Die Arbeitslosigkeit, die unter der Mehrheitsbevölkerung ohnehin hoch ist, erreicht in einigen Roma-Siedlungen 100 Prozent. Auch aufgrund der schlechten wirtschaftlichen Situation haben viele Roma beschlossen, aus der Slowakei auszuwandern, und Asyl in den Ländern Westeuropas beantragt. Als Folge davon haben einige dieser Länder die Visapflicht für die Bürger der Slowakischen Republik eingeführt, was in gewissem Masse die neu erlangte Glaubwürdigkeit des Landes beschädigte. Bei der Integration der Roma handelt es sich jedoch um ein ausgedehntes, die Grenzen der Slowakei überschreitendes Problem, das auch von der Mehrheit der EU-Mitgliedstaaten erkannt wird. Auch mit Unterstützung durch das Phare-Programm werden Projekte für Roma-Kinder im Vorschulalter, aber auch für Erwachsene, vorbereitet und durchgeführt. Zusätzliches Geld fließt in die Förderung von Schulen mit einer Roma-Mehrheit. So werden Schulbücher in der Roma-Sprache vorbereitet, damit die Mentalität der

Menschen schrittweise verändert wird und die bestehenden Vorurteile gemildert werden.

Die Aufzählung von Problembereichen, in denen ein gewisses Zögern bei der Verabschiedung von grundlegenden Maßnahmen zu beobachten ist, wie beispielsweise die schon erwähnte Reform der öffentlichen Verwaltung oder die Verfassungsnovelle der Slowakischen Republik, zeigt jedoch, wie schwierig es nach der jahrelangen Verschiebung der Reformen ist, wieder die innere Kraft und den Mut aufzubringen, um sie durchzuführen.

■ Die politische Szene

Auch wenn zur Halbzeit der Regierung die Koalition aus SDK, SDL, SOP und SMK einigermaßen stabil und die Tätigkeit des Kabinetts ausreichend effektiv ist, so ist für die Beziehungen unter den Regierungsparteien eine Spannung charakteristisch, die aus den Unterschieden in den Prioritäten der Programme und aus Personalstreitigkeiten erwächst. Die Koalition wird mit den Versuchen verschiedener wirtschaftlichen Gruppen konfrontiert, ihre Bindungen an die Regierungsparteien zu nutzen, um eigene Interessen durchzusetzen. Gerade diese Bemühungen standen im Vordergrund der meisten der bisherigen Konflikte innerhalb der Regierungskoalition, was sie eindeutig geschwächt hat. So geschah es z. B. im April 2000, dass der Parlamentsvorsitzende und SDL-Chef Jozef Migas durch sein Votum den Antrag der Opposition, Ministerpräsident Dzurinda und seiner Regierung das Misstrauen auszusprechen, unterstützte. Es sollte eine Revanche für die Abberufung des von der SDL auf den Posten des Leiters der Slowakischen Kraftwerke gesetzten Stefan Kosovan durch den Premierminister sein.

Trotz der Probleme und Streitigkeiten haben die Regierungsparteien wiederholt ihr Interesse bekräftigt, die Regierung bis zum Jahr 2002 aufrechtzuerhalten und Spekulationen über Frühwahlen zurückgewiesen. Die Slowakische Demokratische Koalition (SDK) ist als Wahlbündnis in Form einer eigenen Wahlpartei im Jahre 1998 als Antwort auf die faktische Ausschließung von Koalitionen an den Wahlen entstanden. Fünf Mutterparteien bildeten eine politisch nicht homogene Struktur mit einem Spektrum von konservativen Rechten bis zu linken Grünen.

■ **Trotz der Probleme und Streitigkeiten haben die Regierungsparteien wiederholt ihr Interesse bekräftigt, die Regierung bis zum Jahr 2002 aufrechtzuerhalten und Spekulationen über Frühwahlen zurückgewiesen.**

■ Anfang 2000 verkündete der SDK-Vorsitzende Mikulas Dzurinda die Gründung einer neuen politischen Partei – der Slowakischen Demokratischen und Christlichen Union (SDKU). In den Meinungsumfragen hat diese Partei mit 13 bis 14 Prozent eine recht starke Unterstützung der Wähler, doch ist sie nicht für das gesamte Wählerspektrum der SDK attraktiv.

Infolge unterschiedlicher Meinungen, die in den einzelnen SDK-Plattformen vorherrschen, sind die Beziehungen innerhalb der stärksten Koalitionsformation nicht optimal geregelt, was negative Auswirkungen auf die Unterstützung durch die Wähler hat. Vor allem die stärkste der ursprünglichen Parteien – die Christlich Demokratische Bewegung – empfand, dass sie in der Politik der Regierungskoalition nicht genug eigenständiges, nach außen erkennbares politisches Profil gewinnen könne. Schon Ende 1998 trat sie mit der Forderung einer Rückkehr zu der ursprünglichen Koalition hervor, wobei sie sich auf eine mündliche Absprache der Spitzenvertreter der fünf Parteien berief, die in ihrem konkreten Inhalt jedoch nicht eindeutig war. Die Mehrheit der Mitglieder der Regierung war jedoch mit solch einer Lösung nicht einverstanden. Der Streit zwischen den Plattformen und der SDK-Führung verstärkte sich. Anfang 2000 verkündete der SDK-Vorsitzende Mikulas Dzurinda die Gründung einer neuen politischen Partei – der Slowakischen Demokratischen und Christlichen Union (SDKU). In den Meinungsumfragen hat diese Partei mit 13 bis 14 Prozent eine recht starke Unterstützung der Wähler, doch ist sie nicht für das gesamte Wählerspektrum der SDK attraktiv. Auch wenn es heute scheint, dass ein harter Konkurrenzkampf zwischen SDKU und den SDK-Mutterparteien die wahrscheinlichste Entwicklung in naher Zukunft ist, sind die Aussichten auf Erfolg dieser politischen Parteien vor allem von ihrer Zusammenarbeit abhängig. Die Mitte-Rechts-Parteien werden es nicht mehr schaffen, den Wahlerfolg von 1998 zu wiederholen, wenn sie ihre Beziehungen untereinander nicht im Einvernehmen regeln. Die Desorganisation der Beziehungen innerhalb der SDK ermutigte die linken Partner in der Regierung (SDL und SOP) zu wiederholten politischen Alleingängen zum Nachteil der SDK. Die SDK-Parteien haben seit den Wahlen 1998 auch wegen der zu lange bestehenden Unklarheit über die Beziehungen unter den einzelnen SDK-Plattformen einen Teil ihrer ursprünglichen Wähler verloren. Dieser Verlust ist jedoch nicht allzu dramatisch: das Wahlergebnis der SDK im Jahre 1998 waren 26 Prozent der Stimmen und die Unterstützung der SDKU mit den SDK-Mutterparteien beträgt gegenwärtig zwischen 21 und 22 Prozent.

Die Partei der Demokratischen Linken (SDL) hat seit den Wahlen 1998 im Vergleich mit den anderen Regierungsparteien die meisten Wähler verloren. Sie ist in der Wählergunst von fast 15 Prozent auf fünf Prozent gesunken. Den größten Verlust bewirkte der Austritt des früheren Vizevorsitzenden Robert Fico. Dieser gründete eine neue Partei namens „Smer“ (Richtung), die sich im politischen Wettstreit zwischen Koalition und Opposition als dritte Kraft positioniert und dem Wähler eine neue Alternative bieten will. Der Verlust von Wählern inspirierte die SDL zu einer Taktik der inneren Opposition innerhalb der Regierungskoalition. Diese Taktik verbesserte jedoch die Situation der Linken überhaupt nicht, sondern verursachte nur größere Probleme. Die Situation innerhalb der SDL verkomplizierte sich durch den Machtkampf ihrer beiden Flügel, die unterschiedliche Ansichten über die Arbeit in der Regierung haben. Hierbei handelt es sich um die Gruppe um Migas, die sogenannten „Bolschewiken“, und die Gruppe der „Intellektuellen“. Im Moment scheint es, dass die Gruppe um Migas überwiegt; sie beherrscht die Kunst des Taktierens innerhalb des Parteiapparates perfekt. Auch der Parteitag im Jahre 2000, der mit den Bereichen Personalfragen und Parteiprogramm ungewöhnlicherweise in zwei Teile gegliedert war, bestätigte eindeutig diesen Trend. Gegen den Vorsitzenden Jozef Migas kandidierte der Schulminister Milan Ftacnik, der jedoch keinen Erfolg hatte und dessen Anhänger alle Positionen in den höchsten Parteiorganen verloren haben. Dem Image der SDL hat nicht einmal die Wahl von zwei ganz jungen Vizevorsitzenden geholfen, die die jungen Menschen „anlocken“ sollten.

Die Partei der Ungarischen Koalition (SMK) ist das stabilste Element der Regierungskoalition und im Unterschied zu anderen Koalitionsparteien hat sie keine Probleme, die ihren inneren Zusammenhalt bedrohen würden. Die Partei entstand ähnlich wie die SDK kurz vor den Wahlen im Jahre 1998, jedoch gingen im Gegensatz zur SDK die ursprünglichen Parteien in der SMK auf. Die SMK wurde damit nicht dem Druck der Mutterparteien in Richtung auf eine erneuerte Zersplitterung ausgesetzt. Die SMK unterstützt eindeutig alle Reformschritte der Regierung und überwindet mit Erfolg schrittweise das Image einer regionalen Partei. Die SMK-Vertreter weisen

■ Die Partei der Ungarischen Koalition (SMK) ist das stabilste Element der Regierungskoalition und im Unterschied zu anderen Koalitionsparteien hat sie keine Probleme, die ihren inneren Zusammenhalt bedrohen würden.

den gegen sie erhobenen Vorwurf zurück, sie würden die Zusammenarbeit in der Koalition mit Vorbehalten gegenüber den Stellungnahmen ihrer Koalitionspartner blockieren.

Die Partei der Bürgerlichen Verständigung (SOP) versucht, nachdem ihr erster Vorsitzender Rudolf Schuster zum Staatspräsidenten gewählt wurde, aufs Neue, ihr politisches Profil zu definieren. Sie ist bestrebt, sich als eine Mitte-Links-Partei zu etablieren und sucht für die Stärkung der eigenen Reihen Verbündete auch aus anderen linken Parteien wie der SDSS oder SDL. Nach einem rasanten Start lag sie kurz nach ihrer Gründung Anfang 1998 in der Wählergunst zwischen 16 und 18 Prozent. In den Wahlen musste sie sich dann mit knapp über acht Prozent zufrieden geben. Der jetzige Vorsitzende Pavol Hamzik bemüht sich intensiv darum, der Partei ein Profil zu geben und vor allem darum, den markanten Verlust des Wählerpotenzials, das momentan deutlich unter fünf Prozent liegt, zu stoppen.

■ Die Bewegung für eine Demokratische Slowakei (HZDS) bleibt weiterhin eine Partei mit einer starken Wählerschaft und liegt in den Umfragen ungefähr auf der Ebene der Wahlergebnisse von 1999, d.h. um die 27 Prozent.

Die Bewegung für eine Demokratische Slowakei (HZDS) bleibt weiterhin eine Partei mit einer starken Wählerschaft und liegt in den Umfragen ungefähr auf der Ebene der Wahlergebnisse von 1999, d.h. um die 27 Prozent. Auf ihrem letzten Parteitag im März 2000 deklarierte die Meciar-Bewegung ihre „Transformation“ zu einer „Volkspartei“. Im Grunde kam es zu keinen wesentlichen Veränderungen. Die Partei bleibt weiterhin eine nationalistisch-autoritäre Formation des starken Führer-Typs, die eine unkooperative Oppositionspolitik führt. Schon seit mehreren Monaten versucht die HZDS, den Gedanken von Frühwahlen durchzusetzen. Sie initiierte eine Unterschriftenaktion, um ein Referendum zu dieser Frage durchzusetzen. In der Öffentlichkeit ist jedoch dieser Gedanke auf keine große Resonanz gestoßen und die Meinungsumfragen zeigten über eine längere Periode hinweg, dass die Teilnahme am Referendum mit einer Beteiligung zwischen 30 und 40 Prozent gering wäre. Gemäss der slowakischen Gesetzgebung ist für die Gültigkeit eines Referendums die Teilnahme von mehr als der Hälfte der Wähler erforderlich. In Mai 2000 versuchte die HZDS, in den Kreis- und Bezirksstädten Anti-Regierungskundgebungen zu veranstalten, die jedoch mit einem Fiasko endeten. Alle Versuche der HZDS, aufgrund der polizeilichen

Vorführung ihres Vorsitzenden Vladimir Meciar politischen Profit unter den Wählern zu erzielen, scheiterten. Auf einen Beobachter von außen wirkt die HZDS wie eine demoralisierte und desorganisierte Kraft, der eine Strategie fehlt. Der HZDS-Vorsitzende ist scheinbar stark genug, jegliche Opposition innerhalb der Partei zu unterbinden, er hat jedoch keine ausreichende Energie für eine vollwertige Führung seiner Partei. In letzter Zeit werden auch innerhalb der Bewegung Stimmen laut, die sich über mögliche Nachfolger von Vladimir Meciar Gedanken machen.

Die Slowakische Nationalpartei (SNS) behält ihre stabile Wählerschaft. Ihre Bemühungen vom vergangenen Jahr, eine neue Welle von anti-ungarischen Stimmungen als Reaktion auf die Beteiligung der SMK an der Regierung auszulösen, scheiterten völlig. Die SNS ist die einzige Partei, die die HZDS als Koalitionspartner anerkennt. Die SNS und die HZDS haben vor einigen Monaten ein Abkommen über Zusammenarbeit unterzeichnet, das jedoch eher symbolischen Charakter und keine praktische Bedeutung hat. Im Jahre 1999 spielte sich an der Spitze der Partei eine Veränderung ab, als der recht vulgär auftretende Vorsitzende von der Oberbürgermeisterin der nordslowakischen Stadt Cadca, Anna Malikova, abgelöst wurde. Es handelte sich ausschließlich um eine kosmetische Korrektur, der Inhalt der Politik blieb unverändert.

Die Partei Smer (Richtung) profiliert sich als eine Oppositionspartei. Es ist eine typische Ein-Mann-Partei. Sie wurde von dem jungen Politiker Robert Fico gegründet, dessen Ambitionen innerhalb der SDL nicht ausreichend befriedigt wurden. Im Jahre 1996, als er den Posten des ersten Vizevorsitzenden inne hatte, bemühte er sich um den Vorsitz in dieser Partei, doch zog er vor der Wahl seine Kandidatur zurück. Laut Informationen aus der Presse, die Fico nicht bestritt, hat er die Kandidatur aufgegeben, nachdem auf ihn Druck ausgeübt wurde. In den letzten Parlamentswahlen hat er die meisten Direktstimmen erhalten und platziert sich im oberen Popularitätsbereich. Auch die Partei, die er Ende 1999 gründete, hat eine beachtliche Unterstützung der Wähler (im Mai 2000 hätten sie 17 Prozent gewählt), doch verfügt sie über kein klares politisches Profil. Robert Fico spricht vor allem enttäuschte Wähler der Regierungskoalition, insbe-

■ Die Slowakische Nationalpartei (SNS) behält ihre stabile Wählerschaft. Ihre Bemühungen vom vergangenen Jahr, eine neue Welle von anti-ungarischen Stimmungen als Reaktion auf die Beteiligung der SMK an der Regierung auszulösen, scheiterten völlig.

■ **Der Vorsitzende von Smer weigert sich, Parteien zu nennen, mit denen seine Partei in der nächsten Wahlperiode zusammenarbeiten könnte. Auch wenn er eine Zusammenarbeit mit der Person Vladimir Meciar ausschließt, räumt er die Möglichkeit der Bildung einer Koalition mit der HZDS**

sondere der SDL, und einen Teil der Nichtwähler an. Um mögliche Anhänger zu gewinnen, wählt er solche gesellschaftlichen Themen, die die Mehrheit der Bevölkerung beschäftigen, wie z.B. Roma, Kriminalität oder Lebensniveau. Dabei bemüht er sich, seine Äußerungen den Stimmungen der Mehrheit anzupassen, was ein typisches Zeichen für Populismus ist.

Der Vorsitzende von Smer weigert sich, Parteien zu nennen, mit denen seine Partei in der nächsten Wahlperiode zusammenarbeiten könnte. Auch wenn er eine Zusammenarbeit mit der Person Vladimir Meciar ausschließt, räumt er die Möglichkeit der Bildung einer Koalition mit der HZDS aus den Meinungsumfragen, die regelmäßig mehrere Agenturen durchführen, weist die Unterstützung der HZDS stabile 26 bis 28 Prozent auf. Es entspricht dem Ergebnis, das diese Partei in den letzten Parlamentswahlen bekommen hat. Die nächststärkste Partei ist Smer mit 16 bis 18 Prozent. Danach folgt die SDKU des Premierministers Dzurinda mit ungefähr 14 Prozent und die SMK mit stabilen zehn Prozent. Auch die SNS erfreut sich einer Unterstützung von ungefähr acht bis zehn Prozent. Ein sehr ungewisses Ergebnis erreicht die SDL, deren Wählergunst sich um die fünf Prozent bewegt. Die SDK-Mutterparteien würden, wenn sie jede für sich allein antreten würden, die Fünf-Prozent-Hürde wahrscheinlich nicht überschreiten und damit außerhalb des Parlaments bleiben.

Für die Zukunft bleibt die Frage offen, ob sich nach dem Antritt von Ficos Smer die politische Szene mit zwei Polen (gegenwärtige Koalition und Opposition) in eine mit drei Polen wandelt, oder ob sich Smer nach einem eventuellen Wahlerfolg an dem einen oder anderen der schon bestehenden Pole orientieren wird. In einem nicht geringen Maß wird es davon abhängen, ob die Öffentlichkeit die Koalition oder die Opposition unterstützen wird, und davon, ob es der politischen Elite gelingen wird, die strategischen Interessen und Bedrohungen zu definieren.

■ **Das Referendum über Frühwahlen**

In den letzten Wochen wurde die slowakische Politik vom Thema eines Referendums über vorgezogene Wahlen dominiert. Aufgrund einer Unterschriftenaktion von fast 700 000 Bürgern für ein solches Referendum

rendum hatte der Präsident der Slowakischen Republik die Volksabstimmung auf den 11. November 2000 festgesetzt. Es handelte sich um eine Initiative der Opposition, deren Ziel es war, in der Halbzeit der jetzigen Regierung die politischen Verhältnisse zu verändern und an die Macht zu gelangen. Gemäss der slowakischen Verfassung hat das Ergebnis eines Referendums einen Empfehlungscharakter für die Abgeordneten und nur das slowakische Parlament, der Nationalrat der Slowakischen Republik, besitzt die Kompetenz, mit einer Drei-Fünftel-Mehrheit die Verkürzung der eigenen Amtsperiode zu beschließen. Selbst wenn sich die Mehrheit der Bürger für Frühwahlen in einer Volksbefragung aussprechen würde, bedeutet dies keine automatische Verkürzung der Legislaturperiode. Zugleich sei erwähnt, dass es schwer vorstellbar ist, dass das Parlament freiwillig einer vorzeitigen Auflösung zustimmt.

Die regelmäßigen Meinungsumfragen zeigten, dass an dem Referendum die für die Gültigkeit notwendige Anzahl der Wähler, d.h. mehr als die Hälfte der berechtigten Wähler, nicht teilnehmen wird. Die Tendenz der Wähler zur Teilnahme stieg jedoch, je näher der Termin des Referendums heranrückte. Kurz vor dem Stichtag am 11. November 2000 waren es um die 40 Prozent. Schließlich endete der Versuch der Opposition, zu einer Änderung der Machtverhältnisse zu gelangen, mit einer herben Niederlage. Nur 20 Prozent der berechtigten Wähler gaben ihren Stimmzettel in die Wahlurnen ab. Das Verhalten der Bürger kann als indirekte Unterstützung der Regierungskoalition verstanden werden. Dadurch bekam sie die Bestätigung, ihr Mandat bis zu den nächsten ordentlichen Parlamentswahlen weiter auszuüben.

■ Res mee

Die Entwicklung in der Slowakei hat die Unumkehrbarkeit des demokratischen Prozesses bestätigt. Der ehemaligen Regierungsgarnitur ist es nicht gelungen, sich außerhalb des durch die Demokratie bestimmten Rahmens, der die Wirkung der Regierungsmacht auf eine durch Gesetz festgelegte Wahlperiode begrenzt, an die Macht zu kommen. Die Bürger der Slowakei haben in den Wahlen im Jahre 1998 eindeutig für Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit gestimmt. Heute ist die Orientierung der Slowakei klar, jedoch

■ Die Entwicklung in der Slowakei hat die Unumkehrbarkeit des demokratischen Prozesses bestätigt. Der ehemaligen Regierungsgarnitur ist es nicht gelungen, sich außerhalb des durch die Demokratie bestimmten Rahmens, der die Wirkung der Regierungsmacht auf eine durch Gesetz festgelegte Wahlperiode begrenzt, an die Macht zu kommen.

kann man die Tatsache nicht übersehen, dass sie in der Zwischenzeit bei der Erfüllung der Integrationsziele hinter anderen mitteleuropäischen Ländern zurückgeblieben ist. Auch deshalb ist jeder Schritt sehr wichtig, der das Land näher zu diesen Zielen bewegt. Die OECD-Mitgliedschaft ist ein solcher Schritt.